



## Weniger PKV-Versicherte

Für die privaten Krankenversicherer wird es immer schwieriger, Kunden als Vollversicherte zu gewinnen. 2005 nahm der Netto-Neuzugang zum dritten Mal in Folge ab: Er sank konkret um knapp 25 Prozent auf 112 600. Der PKV-Verband sieht den Grund darin, dass die PKV weiter unter der hohen Anhebung der Versicherungspflichtgrenze zum 1. Januar 2003 leidet. Die Zahl der Vollversicherten in der PKV stieg im ersten Halbjahr um 0,6 Prozent auf insgesamt 8,420 Millionen. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Privatzusatzversicherten auf 17,86 Millionen. Ende 2005 waren dies 771 200 weniger. Die Versicherungsleistungen stiegen im Jahr 2005 um 746,8 Millionen auf 17,3 Milliarden Euro. Die Erhöhung der Krankenversicherungsleistung je Versicherten betrug 3,5 Prozent, 2004 war es ein Plus von 3,4 Prozent. Für Zahnleistungen beträgt der Anstieg 3,5 Prozent, davon + 3,2 Prozent für Zahnbehandlung, + 3,5 Prozent für Zahnersatz und + 7,8 Prozent für Kieferorthopädie. Im Hinblick auf die aktuelle Gesundheitsreform befürchten die privaten Krankenversicherer, dass sich die Akquise neuer Kunden in Zukunft noch schwieriger gestaltet, da das Bruttoeinkommen drei Jahre in Folge über der Versicherungspflichtgrenze liegen muss. ik / PKV

## Zahnärztliche Hilfsprojekte

„Hilfe zur Selbsthilfe“ als Leitmotiv und Ziel gilt für alle internationalen und nationalen Initiativen, in denen sich deutsche Zahnärztinnen und Zahnärzte mit hohem persönlichen Engagement einbringen. „Zahnärzte ohne Grenzen“ ist ein in Bayern initiiertes Projekt, das sich im November 2005 im Zahnärztehaus in Nürnberg als gemeinnützige Stiftung gegründet hat. Die Mitglieder der Stiftung arbeiten ausnahmslos ehrenamtlich. Die Initiatoren der Stiftung hatten mehrere Jahre jeweils für zwei bis drei Wochen in nepalesischen Kliniken zahnärztlich gearbeitet. Nepal ist nach wie vor Schwerpunktland für die „Zahnärzte ohne Grenzen“, außerdem arbeiten sie in Sri Lanka, Venezuela, Kenia und der Mongolei. Insgesamt wa-

ren bisher mehr als 35 Zahnärztinnen und Zahnärzte aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, den Niederlanden, Belgien, Norwegen und Japan im ehrenamtlichen Auslandseinsatz unterwegs. Weitere Informationen dazu unter [www.d-w-l.org](http://www.d-w-l.org). Einen Überblick über die Vielzahl der bestehenden zahnärztlichen Hilfsprojekte gibt die Bundeszahnärztekammer auf ihrer Homepage unter [www.bzaek.de/](http://www.bzaek.de/) Soziale Projekte. Dadurch ist es möglich, Kontakt zu den Projektverantwortlichen aufzunehmen und Projekte zu unterstützen. Über das von der Bayerischen Landes Zahnärztekammer seit über zehn Jahren geförderte Zahnärztliche Hilfsprojekt Brasilien (ZHB) sind Informationen zu finden unter [www.zhb.blzk.de](http://www.zhb.blzk.de). ik

## Neue Bemessungsgrenzen

Die Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenzen in der Kranken- und Pflegeversicherung haben sich zum 1. Januar 2007 geändert. Für Arbeitnehmer, die bereits am 31. Dezember 2002 aufgrund der zu diesem Zeitpunkt geltenden Regelungen wegen des Überschreitens der Jahresarbeitsentgeltgrenze versicherungsfrei waren (PKV-Versicherte), gilt 2007 für die Versicherungspflicht die Jahresarbeitsentgeltgrenze von 42 750 Euro/Jahr (Ost und West). Dieser Wert ist identisch mit der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Beitragsbemessungsgrenze und die Bezugsgröße in der Kranken- und Pflegeversicherung bleiben 2007 unverändert. Die Beitragsbemessungsgrenze beträgt 3562,50 Euro/Monat (42 750 Euro/Jahr). Die Bezugsgröße in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung beträgt 2450 Euro/Monat (29 400 Euro/Jahr). ik

## Mehr Arbeitsplätze

Knapp 4,3 Millionen Menschen waren zum 31. Dezember 2005 in Deutschland im Gesundheitswesen tätig, also etwa jeder neunte Beschäftigte. Dies teilte das Statistische Bundesamt Mitte Januar 2007 mit. Während die Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft



zwischen 2004 und 2005 nahezu stagnierte, ist sie im Gesundheitswesen um 27 000 Beschäftigte oder 0,6 Prozent gestiegen. Nachdem im Gesundheitswesen in den Jahren 2000 bis 2003 noch jährliche Zuwächse zwischen 43 000 (+ 1,0 Prozent) und 50 000 Beschäftigten (+ 1,2 Prozent) registriert wurden und die Beschäftigung zwischen 2003 und 2004 mit einem Plus von nur noch 7000 fast stagniert hatte, war 2005 wieder ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Dieser geht vor allem auf die Entwicklung bei den Gesundheitsdienstberufen (zum Beispiel Ärzte und Gesundheits- und Krankenpfleger) zurück (+ 22 000).

Dagegen sank die Beschäftigung im Gesundheitshandwerk (zum Beispiel Zahntechniker) um 3000 und bei den „anderen Berufen im Gesundheitswesen“ (etwa Verwaltungsfachleute) um 6000.

ik / destatis

## Internet: Gebührenpflichtige Geräte

PCs, Notebooks, UMTS-Handys, PDAs – sogenannte internetfähige Geräte – werden ab dem 1. Januar 2007 Rundfunkgebührenpflichtig. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat am 19. Oktober 2006 beschlossen, das Moratorium für die Rundfunkgebühren für neuartige Rundfunkempfangsgeräte nicht über den 31. Dezember 2006 hinaus zu verlängern. Für fest installierte Geräte am Betriebsstandort wird aufgrund einer besonderen Zweitgeräteverordnung pro Betrieb nur eine Rundfunkgebühr in Höhe von 5,52 Euro für alle internetfähigen neuartigen Geräte erhoben. Die Gebühr entfällt allerdings, wenn für den Betrieb bereits ein Rundfunk- oder Fernsehgerät angemeldet ist – ein Autoradio, das dem Betrieb zugeordnet ist, reicht aus. Mobil genutzte Geräte (z.B. Notebooks, PDAs, UMTS-fähige Handys), die dem Betrieb zugeordnet sind (z.B. durch eine Inventarnummer) unterliegen ebenfalls der sogenannten Zweitgeräteverordnung: Sie sind gebührenfrei, wenn in dem Betrieb bereits ein Rundfunk- oder Fernsehgerät angemeldet ist. Das gilt allerdings nur für Notebooks und Geräte, die auch tatsächlich mobil eingesetzt und nicht hauptsächlich stationär an einem Heimar-

beitsplatz genutzt werden. Fest installierte (teilweise) dienstlich genutzte internetfähige PCs an Heimarbeitsplätzen sind ab dem 1. Januar 2007 gebührenpflichtig: Pro Heimarbeitsplatz wird dann eine Gebühr in Höhe von 5,52 Euro fällig. Ein privat im Haushalt bereits angemeldetes Rundfunk- oder Fernsehgerät lässt die Gebührenpflicht für einen dienstlichen PC nicht entfallen.

ik / vbw

## Punktsieg: DocMorris

Die niederländische Versandapotheke DocMorris hat im Streit um ihre deutsche Niederlassung einen Punktsieg errungen. Das Oberverwaltungsgericht Saarlouis entschied im Januar, dass die DocMorris-Apotheke in Saarbrücken wieder geöffnet werden darf. Eine richterliche Entscheidung zur Hauptsache steht noch aus. DocMorris kann die Apotheke nun so lange betreiben, bis das Hauptverfahren vor dem Verwaltungsgericht Saarlouis abgeschlossen ist. Die DocMorris-Rechtsanwälte rechnen mit einem mehrjährigen Verfahren. Nach Ansicht von DocMorris verstößt das deutsche Apothekenrecht gegen die europarechtlich garantierte Niederlassungsfreiheit. Danach dürfe eine Apotheke unabhängig von ihrer Rechtsform in jedem EU-Mitgliedstaat Filialen eröffnen. Das Oberverwaltungsgericht folgte dieser Rechtsauffassung, eine Klärung durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) sei „zwingend notwendig“. Die Richter verweisen auf ein früheres Urteil des EuGH zu Optikern, in dem ein nationales Fremdbesitzverbot zugunsten der Niederlassungsfreiheit gekippt wurde. Nur zwingende Gründe würden solche Restriktionen rechtfertigen, im Fall der Apotheken seien sie aber nicht ersichtlich. Bayerns Sozialministerin Christa Stewens mahnte: „Nur eine inhabergeführten Individualapotheke stellt sicher, dass sich insbesondere durch Alter oder Krankheit benachteiligte Bürgerinnen und Bürger die von ihnen benötigten Arzneimittel zeit- und wohnortnah beschaffen können. Apothekenketten und vom Ausland gesteuerte Versandapotheken werden auf Dauer nicht zu mehr Wettbewerb, sondern zu mehr Kartellen und Preisabsprachen führen.“

ik